

Winter 2011 Nr. 661 4,50 €

Zeitung für soziale Dreigliederung, neue Lebensformen, Umweltfragen

Jedermannsch



Gemeingüter - wovon wir alle leben

Gemeingüter - wovon wir alle leben

Liebe jedermenschen!

die Privatisierung der Welt geht weiter - doch dagegen wächst immer wieder der Widerstand. Völlig unerwartet kam die Occupy Wallstreet - Bewegung ans Tageslicht. Durch Verkehrsbehinderung, wie die Medien schreiben. Eine ersehnte Bewegung gegen den Kapitalismus in seiner Raubtierform. Aber auch die Gedanken helfen weiter. In diesem Heft, mit einen Schwerpunkt über die Gemeingüter, einem schwindenden Gut, wollen wir zur Diskussion über alte und neue Eigentumsformen beitragen. Was allen gehört kann nicht den Gewinn Einzelner steigern, sondern nur dem Gemeinwohl aller dienen.

Dieter Koschek

Inhalt

Winterzeit von Dieter Koschek	3	Gemeinnützige Stiftungen von Barbara Wagner	20
Occupy Wallstreet	4		
Eulenspiegels Projektwerkstatt	6	Anthroposophie & jedermensch	
Gemeingüter - Wovon wir alle leben		Das Jahreswende-Mysterium von Anton Kimpfler	21
Wovon wir alle leben von Silke Helferich	9	Eulenspiegels Kulturraum	23
Die Gestaltung des Rechtslebens im Verhältnis zu Wirtschaft und Kultur von Michael Wills	17	Binnenraum von Tatjana Kerl	24

Wir bedanken uns bei allen AbonnentInnen und LeserInnen für Eure Beteiligung beim „jedermensch“. Sei es durch Eure pünktlichen Abozahlungen und auch durch großzügige Spenden! Dadurch werden wir auch unseren Teil zu unserem Miteinander weiterhin beitragen können. Vielen Dank und euch eine besinnliche Winterzeit
Dieter Koschek

Wochenendseminar

Freitag, 20. April bis Sonntag, 22. April 2012
Freitag, 20 Uhr bis Sonntagmittag

Kostbarkeiten des Lebens

Unsere Leiden und Freuden mit der Liebe
Mit Anton Kimpfler (Schriftsteller), Ansgar Liebhart (Psychotherapeut) und Inga Gessinger (Eurythmie).
Beiträge, psychologische Gesprächsarbeit und eurythmisches Bewegen (leichte Schuhe mitbringen).
Wenn wir erkranken, Krisen mit anderen durchmachen oder Böses erfahren, kann sich dennoch oft das Wertvolle in unserem Dasein zeigen. Ängste wegen den Vergänglichkeiten der äußeren Existenz mögen

schwinden. Sogar zum Tod wird eine neue Beziehung möglich. Aber zugleich verdeutlicht sich, wie kostbar unsere Leiblichkeit ist.

Kostenbeitrag 40 Euro, Ermäßigung möglich (ohne Übernachtung und Verpflegung).
Übernachtung ist in unserem Holzhaus mit eigenem Schlafsack im Mehrbettzimmer für 9 Euro möglich.
Im Café besteht die Möglichkeit zum gemeinsamen Mittagessen (Samstag und Sonntag). Frühstück und Abendessen in Selbstorganisation (Gaststätte oder Selbstversorgerküche). Bitte bei Anmeldung angeben!
Anmeldung: Eulenspiegels Kulturraum, Dorfstr. 25, D-88142 Wasserburg, Tel.: 08382 - 89056

Impressum

Herausgeber: Jedermensch-Verlag, Brutschin & Koschek GbR, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg(B)
Vertrieb und Redaktion: Jedermensch-Verlag, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg (B), Telefon: 08382/89056
Redaktion: Dieter Koschek (ViSdP) und Anton Kimpfler
Gestaltung: Dieter Koschek; Titelblatt gestaltet von Klaus Korpiun; die Skizzen dafür und im Inneren stammen von Renate Brutschin. Handschriften von Barbara Wagner. Die Rückseite ist von Tatjana Kerl gestaltet.
Freie Mitarbeiter: Alte und neue Freunde des jedermensch und des Modell Wasserburg e.V.

Alle Zahlungen bitte an: Jedermensch-Verlag, Konto-Nr. 13 70 70-206, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20) .

Internationale Bankverbindung:
IBAN DE18 2001 0020 0137 0702 06; BIC PBNKDEFF
Der jedermensch erscheint vierteljährlich, jeweils März, Juni, September und Dezember. Einzelexemplare kosten 4.50 €, Abonnement jährlich 18 € (einschl. Porto und Versand).
Druck: digitaldruck leiби, Burlafingerstr. 11, 89233 Neu-Ulm
Der jedermensch wird auf Umweltschutzpapier gedruckt.
Die Auflage beträgt 250. ISSN 0949 – 3247

Winterzeit

Die Welt ist verrückt - oder sind es nur die Märkte? Wer Zeitung liest und Nachrichten im Fernsehen anschaut, so wie ich es täglich tue, der kann den Eindruck gewinnen, dass die Welt tatsächlich verrückt ist. Zumindest ist sie nicht im Takt wie wir es gewohnt sind. Alles geht schnell und rasend vor sich. Ein Rückblick auf die wichtigen Ereignisse des letzten Vierteljahres würde mich überfordern. Da bräuchten wir wahrscheinlich eine Sonderausgabe des „Jedermenschen“. Aber auch mein persönliches Jahr ist viel zu schnell vorüber gezogen. Sicher ich habe viel getan bei der Neugestaltung des Eulenspiegels, aber dass das Jahr schon wieder vorbei ist, erstaunt mich doch immer wieder. Auch mein persönlicher Rückblick würde viel zu lang werden.

Aber auch die einzelnen Menschen haben es zunehmend schwerer, zumindest diejenigen in meiner Umgebung. „Ich kenne keinen, der keinen Streß hat“, sagte kürzlich ein Freund. Alle haben keine Zeit, alle sind stark eingebunden in ihre Tätigkeiten und fühlen sich oft überfordert. Und das Gefühl kam schon vor der Advents- und Weihnachtszeit.

Ist das eine Zeitströmung, ein Zeitgeist, der uns gefangen hält. Ist das ein Gefängnis? Ein Gefängnis, in das wir uns zwingen lassen und teilweise selber zwingen? Gefangenschaft macht krank, das wissen wir und bei zahlreichen Menschen sind die Stresssymptome schon nicht mehr zu übersehen.

Und das in einer Zeit, die in die dunkle Jahreszeit fällt und eigentlich zur Ruhe und Kontemplation einlädt. Die zunehmende Dunkelheit am Tage lässt aber anscheinend die Menschen schneller werden. Das Gefühl die Zeit reicht nicht aus nimmt zu.

Einige sagen aber auch: Ich lese nicht mehr Zeitung, da steht nur Schreckliches und Peinliches drinnen, vom Wahrheitsgehalt ganz zu schweigen. Sie lesen nicht mehr und haben trotzdem eine dezidierte Meinung zum Weltgeschehen. Ist es wichtig zu wissen, dass in Europa gerade drei neue Regierungen entstanden sind. Ist es wichtig zu wissen, dass das Deutschland von Frau Merkel zunehmend in Europa an den Rand gedrängt wird. Für viele nicht mehr. Kann das eine Lösung sein? Sicher ist, dass wir Zeit der Ruhe brauchen, Zeit um unseren Beziehungen sich zu widmen, Freundschaften zu pflegen, alleine oder gemeinsam nachzudenken.

Schön gesagt, aber mir selber geht es ja genau so wie den anderen. Was kann ich tun um diese Ruhe zu finden.

Es kann tatsächlich helfen, weniger zu lesen und weniger fernzusehen. Schon ist Zeit „gewonnen“, die aber nicht durch die anderen Tätigkeiten wieder verschüttet werden darf, sondern diese Zeit sollte dann auch tatsächlich dazu genutzt werden, sich der Ruhe und Kontemplation zu widmen.

Ein Spaziergang am Abend, ein Hock am Seeufer,

oder ein Einwirken lassen von Kunstwerken oder Büchern.

Viel braucht es nicht um seinen Blick zu verändern und die Welt wieder mit anderen Augen zu sehen.

Ein Gedicht, vielleicht, ja sicher, bitteschön:

Wenn die Nacht fällt
ins naßsattte Grün.
Wenn der Wind
seinen Atem
anhält
und alles still wird.
Wenn jeder Laut
die Luft erfüllt.
Alles Leise hörbar wird:
Ein Vogelflug
Ein Blätterfallen
Ein Regentropfen
Ein Schritt –
Wird die Welt klein
und der Himmel groß.
Wenn sein Sternenzelt
meine Zudecke wird,
bin ich gewiß
ich gehöre zu ihm.

Dieses Gedicht - Winterabend in Sizilien - von Renate Brutschin in ihrem Katalog mit ihren schönen Bildern, erschienen im Jedermensch-Verlag, bringt die Ruhe wieder und rückt die hektische Welt draußen wieder zurecht.

Oder ein Besuch der aktuellen Installation von Tatjana Kerl in der Bodensee Art Fund, unserer kleinen Galerie im Eulenspiegel, wo Licht, Wärme und Bewegung hilft, den eigenen Innenraum wieder zu finden. Vielleicht hilft ja bereits das Betrachten unserer letzten Seite, die eine Variation der Installation von Tatjana Kerl abbildet. Es tut auf jeden Fall gut.

Ich wünsche eine besinnliche Weihnachtszeit.

Dieter Koschek

Occupy Wallstreet

18000 bei Umzingelungen in Berlin und Frankfurt
Insgesamt 18.000 Menschen haben am 12. November das Berliner Regierungsviertel und das Bankenzentrum in Frankfurt am Main umzingelt. Um kurz nach 14 Uhr waren die Menschenketten in beiden Städten gleichzeitig geschlossen – in Berlin mit 8.000 TeilnehmerInnen, in Frankfurt beteiligten sich 10.000 Menschen.

Diese Beteiligung zeigt: Immer mehr Menschen haben es satt, dass die Finanzmärkte die Politik vor sich herreiben und Großbanken ganze Gesellschaften erpressen können. Banken und Konzerne dürfen Demokratie und Öffentlichkeit nicht länger auf der Nase rumtanzen! Tausende haben heute gefordert, dass die Regierung endlich grundlegende Konsequenzen aus der Krise zieht, die Finanzmärkte entwapfnet und die Banken in die Schranken weist. Die Bundesregierung muss sich endlich mit aller Kraft in der Euro-Zone und auf EU-Ebene für eine echte Regulierung der Finanzmärkte einsetzen, statt sich hinter Bremser-Staaten zu verstecken.

Die Ziele der Occupy-Bewegung auf der Website von Occupy Frankfurt:

„Generell gilt, dass wir eine Gemeinschaft mit vielen verschiedenen Ideen und Zielen sind, die sich allerdings darin einig ist, dass wir der Macht Grenzen setzen wollen, der Macht des Kapitalismus, des Geldes, der Banken, der Märkte und der Macht der Regierungen. Wie schon betont, sehen Vorgehensweise und Ziele dabei je nach Mitglied anders aus, womit diese Seite die Vielfalt der Ideen unserer Bewegung zeigt. Die Reihenfolge der aufgelisteten Ziele sagt nichts über deren Priorität aus.

- Für politische Selbstbestimmung und Emanzipation weltweit.
- Stärkere Regulierung der Finanzmärkte, insbesondere aller spekulativen Geschäfte mit Nahrung, Gesundheit, Energie.
- Verbot der Credit Default Swap (CDS), Verbot von Naked Short EU weit.
- Für eine echte direkte Demokratie – europaweit.
- Geldschöpfung unter gesellschaftliche Kontrolle.
- Wahlmöglichkeit darüber, was als Währung anerkannt wird.
- Reale Lohnsteigerungen zumindest im Rahmen des Produktivitätsanstieges und für ein Ende der Diskriminierungen von Transferleistungsempfängern.
- Keine Finanzierung der Banken- und Finanzwelt mit Steuergeld.
- Falls Steuergelder zur Bankenrettung aufgebracht werden, müssen die dadurch erworbenen Anteile an den Privatbanken dauerhaft in Staatsbesitz übergehen.
- Finanztransaktionssteuer – die maßlosen Gewinne der Finanzwirtschaft für die Gesellschaft abschöpfen.

fen.

- Renaissance der individuellen demokratischen Verantwortung und Macht.
- Schaffung von gesetzlichen Massnahmen zum Schutz von „Whistleblowern“, damit Korruption und Lobbyarbeit im Wirtschafts- und Finanzwesen aufgedeckt werden kann.
- Einleitung einer sozial-ökologischen Transformation der europäischen Wirtschaft.
- Selbstbestimmtes Leben für die globale Emanzipation des Menschen.
- Für freie Bildung und Solidarität.
- Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe.
- Bekämpfung der Gentrifizierung – Stadt und öffentlicher Raum müssen frei verfügbar sein.
- Ein basisdemokratisch orientiertes Gesellschaftssystem, statt pseudodemokratischer Parteiendemokratie.
- Für eine globale Finanzmarktreform und Überwindung von Partikularinteressen einzelner Staaten und Machthaber.
- Neoliberales Wirtschaftssystem überwinden und hin zu einer echten Sozialen Marktwirtschaft.

Erklärende Beweggründe:

Wir sind Berufstätige, Menschen, denen die Arbeit verwehrt wird, Studierende, Schülerinnen und Schüler, Rentnerinnen und Rentner. Wir engagieren uns in unserem privaten und beruflichen Umfeld, um uns, unseren Familien, unseren Freunden eine bessere Zukunft zu bieten. Für viele von uns ist die Sicherung des Lebensunterhalts mit belastender Arbeit oder auch mit entwürdigenden Bittgängen zur Arbeitsagentur verbunden.

Wir sind unterschiedlicher politischer Überzeugung. Manche von uns sind gläubig, andere wiederum nicht. Wir alle sind aber besorgt und wütend angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive, die sich uns um uns herum präsentiert: die Abzocke der Gesellschaft durch die Banken, die Ausbeutung der großen Mehrheit, die Korruption unter Politikern, Managern und Bankern empört uns. Ergebnis des derzeitigen Systems sind die Anhäufung von Geld bei einer Minderheit, ohne dabei auf Wirtschaftlichkeit oder den Wohlstand der gesamten Gesellschaft zu achten. Ressourcen werden verschwendet, der Planet wird zerstört. Die Wirtschaft muss wieder der Gesellschaft dienen und der Profitgier einer Minderheit von Superreichen entzogen werden. Dafür benötigen wir sich selbst beherrschende Menschen. Anstatt das Geld über Menschen zu stellen, muss es wieder in den Dienst der breiten Bevölkerung und der Gesellschaft gestellt werden.

Aufruf

Wir wissen, dass wir gemeinsam etwas ändern können. Es ist dein Recht. Stehe auf und gib dem Protest eine Stimme, beteilige dich an friedlichen Demos und

Besetzungen. Wenn wir uns zusammentun, können wir das ändern.

Gib deiner Stimme Ausdruck für:

Gleichheit, Fortschritt, Solidarität, politische Selbstbestimmung, kulturelle Freiheit, Nachhaltigkeit und Entwicklung, Wohl und Glück der Menschen, das Recht

auf bezahlbaren Wohnraum, Arbeit, Kultur, Gesundheit, freie Bildung, freie persönliche Entwicklung. Occupy:Frankfurt ist eine friedliche Besetzung. Von uns wird in keiner Situation eine Eskalation ausgehen. Wir erklären uns mit allen solidarisch, die unsere angestrebten Ziele teilen.“



Zum Verständnis von „Occupy“: ein Kommentar

„Occupy“ sorgt für Wirbel. Eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der „Occupy“-Gruppe im Frankfurter DGB-Haus in dieser Woche stand kurz vor dem Abbruch, als Gewerkschafter aus dem Publikum lautstark das Fahnenverbot bei den Samstagsdemos anprangerten: Seit 1945 hätte es das nicht mehr gegeben. Die institutionalisierte Arbeiterbewegung prallte heftig auf – ja wen eigentlich? – die 99 Prozent?

Eine zentrale Ursache des wechselseitigen Unverständnisses, was Organisationsform und Symbolverwendung angeht, liegt in der unterschiedlichen Konstruktionsweise kollektiver Identität. Während für die globalisierungskritische Bewegung ab Ende der 90er Jahre noch das „Netzwerk“-Paradigma verwendet wurde, begreift sich „Occupy“ als „Schwarm“.

Die globalisierungskritische Bewegung versuchte nach dem Epochenbruch 1989/90, emanzipatorische Politik zu rekonstituieren, indem Zerfallsprodukte der sozialen Bewegungen der 70er/80er Jahre und neue Akteure als Knotenpunkte zu einem Netzwerk verknüpft wurden. Dabei standen diese für historisch tradierte Politikansätze oder gesellschaftliche Interessenlagen: Dritte-Welt-Gruppen, gewerkschaftliche Strukturen, Umweltaktivisten usw. Ganz anders der „Schwarm“, diese biologistisch-technische Metapher der Internetkultur: Die gemeinsame Identität, das „Wir“ von „Occupy“, ist nicht Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, sondern lediglich die Summe vieler Individuen (User). Diese artikulieren „Meinungen“ und sind nicht Repräsentanten sozialer Positionen. Deshalb

kommt der Protest tendenziell so eigenartig „unpolitisch“ daher. Denn tatsächlich fällt es vielen von „Occupy“ schwer, die eigenen Meinungsäußerungen als gesellschaftlich bedingt und somit als ideologisch zu durchschauen. Statt dessen erscheinen sie als natürlicher Ausdruck des Alltagsverständes: „Wir sind normale Menschen“, lautet eine wichtige Grundannahme von „Occupy“. Insofern empfinden sich die Beteiligten als mit den „99 Prozent“ identisch. Diese „ideologische Vermenschlichung“ (Slavoj Zizek) der eigenen Sprechposition kollidiert folgerichtig mit anderen Gruppenidentitäten und ihren Symbolen, deren soziale Rollen kaum erkannt werden – denn „eigentlich“ sind alle Teil der „99 Prozent“.

Die „Occupy“-Gruppen befinden sich mit dieser Selbstillusion durchaus auf der Höhe der Zeit. Sie sind Erfolgsergebnis neoliberaler Atomisierung der Gesellschaft. Andererseits birgt diese Haltung zugleich das Potential eines radikalen Humanismus und globalen solidarischen Egalitarismus. Immerhin lauten die meistgerufenen Slogans bei den Samstagsdemos in Frankfurt am Main „Hoch die Internationale Solidarität!“ und „A-Anti-Anticapitalista!“.

Selbst wenn die „vopolitische“ „99 Prozent“-Harmonie Kopfzerbrechen bereitet: Mit dem Aktionstag am 15. Oktober hat der neue Bewegungszyklus einen globalen symbolischen Raum geöffnet. Diesen gilt es durch linke Akteure zu nutzen.

*Alexis J. Passadakis, Mitglied im Rat von ATTAC.
Dieser Kommentar erschien am 12. November 2011 in der Tageszeitung „Junge Welt“.*

Eulenspiegels Projektwerkstatt

Einweihungsfest

und 35 Jahre Eulenspiegel

Am 11.11.11 weihten wir den neuen neuen alten Eulenspiegel mit einem Fest im Café ein. Viele alte und neue Freunde fanden den Weg und es wurde eine fröhliche Feier. Dieter Koschek führte durch den Abend, an dem Inge Litz und ihr Team sich vorstellte. Günter Edeler und Klaus Korpiun wurde Dank für ihr Engagement ausgesprochen und die Musik der Vorarlberger Band „Bartlis“ unterhielt uns gut. Viele Gespräche fanden in allen Teilen des Eulenspiegel statt. BAF und Bioladen hatten geöffnet, Francesca Motta lud in ihr Atelier ein, im Kulturraum fand ein permanentes Rundgespräch mit Tatjana Kerl statt und im Café wurde gefeiert und geredet. Zum Schluss stellte Dieter Koschek noch seine „Soziale Plastik“ vor, die einen Eindruck von den Aktivitäten und der Attraktivität des Eulenspiegels bot. Schade daß du nicht dabei warst.

Neue Gesprächskreise

Mit dem neuen Jahr erweitert sich wieder das Angebot der Gesprächskreise im Eulenspiegel. Monatlich wird es ein Rundumkreis-Gespräch geben, einen Offenen Tisch im Café und unregelmäßig einen Literatur-Philosophischen Gesprächskreis. Näheres siehe Programm auf Seite 23!

BAF

Freitag, 6. Januar, 20 Uhr im BAF-Raum

BAF - Leuchtturmvisionen für Wasserburg

Das Büro für Angewandte Feldforschung wird vorgestellt und eröffnet.

Lust auf Kunst

Die Sammlung des Bodensee Art Fund kommt jetzt unter den Hammer und jeder kann ein Kunstwerk erwerben.

Dabei kann es nur Gewinner geben:

Das BAF als Non-Profit Kultureinrichtung, die Künstler selbst und nicht zuletzt die Käufer der Kunstwerke, weil sie ihr Geld gut anlegen.

Folgende Künstler werden präsentiert:

Katja Dell - Fotografie; Steve Zeidler - Fotografie

Susanne Wolff-Kohler - Fotografie; Jo Walser - Malerei

Online auf www.ichbinbaf.de

Binnenraum

Es gibt keinen Ort, an dem der Geist zu suchen wäre; er ist wie die Fußspur der Vögel am Himmel (aus dem Zen) Wärme, Licht, Bewegung - ein Versuch über den Innenraum.

Installation von Tatjana Kerl (siehe auch letzte Seite) bis 5. Januar 2012 ganztägig geöffnet, Eulenspiegel BAF

Bioeinkaufsführer

Der regionale Bioeinkaufsführer für Lindau Tettung und Wangen 2012 ist erschienen. Neben der gelungenen Druckversion, die in einer Stückzahl von 10 000 Stück in der Region verteilt wird, gibt es heuer zum ersten Mal auch eine Online-Version unter www.biobodensee.de, die den Verbrauchern den Weg zur Direktvermarktung von Bioprodukten führt.

Der Bio-Einkaufsführer wird vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft gefördert.

Weitere Informationen über den ökologischen Landbau finden sie auch unter: www.oekolandbau.de

Unterwegs zu einer

dk Bürgergesellschaft

Von der Zukunft des demokratischen Rechtslebens. Sieben Menschen widmeten sich der Frage nach der Weiterentwicklung der Demokratie. Drei Runden näherten sich dem Thema.

In einer Art Zukunftswerkstatt ergründeten wir, was wir alles zum Thema Demokratie aktuell kennen und suchten nach der Erkenntnis, was denn Demokratie sei. Wesentlich war die Erkenntnis, dass Bürgerbeteiligung eine Farce ist, denn woran soll der Souverän sich beteiligen? Der Souverän ist ein Teil der Demokratie und bedarf keiner Aufforderung der Beteiligung! So wurden auch die „Bürgerversammlungen“ kritisiert, die nur Alibi-Versammlungen sind, auf denen kontrolliert gefragt und geantwortet wird - aber ohne jede Konsequenz. Aber Bürgerversammlungen sind der Kern einer Demokratie. Echte Bürgerversammlungen entscheiden auch - und zwar mehr als der Gemeinderat oder ähnliche Vertretungen. Eine echte Bürgerversammlung ist der Souverän!

In einer zweiten Runde betrachteten wir das Geschehen in Stuttgart. Auch hier wurde die lasche „Bürgerbeteiligung“ kritisiert, die dann aber in „die Schlichtung“ führte. Dass dies eigentlich keine Schlichtung war, sondern eine Diskussion aller Beteiligten über alle Fragen wurde deutlich. Es gab kein gesetzliches Handeln in der Schlichtung und auch nicht danach. Selbst die „Volksabstimmung“ kann eigentlich nur als Volksbefragung gesehen werden, denn die aktuellen Quoten verhindern eine Volksentscheidung. Allerdings hat dieser Konflikt viele Menschen aufgeweckt und das politische Geschehen in Baden-Württemberg stark beeinflusst.

Die dritte Runde galt dann den erlebten Bürgerbeteiligungen von Günter Edeler, der von seinen Erfahrungen im Energieteam Wasserburg und im „Bürgerforum Landkreis Lindau“ berichtete. Auch wenn die grundsätzliche Kritik aufrecht erhalten wurde, so näherten wir uns doch dem Sinn dieser Beteiligung: so können viele Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass eine Demokratie nur durch mitmachen eine wirkliche Demokratie wird.

dk

Motivation für die Region!

Über 100 Menschen aus fünf Ländern besuchten die Transfertagung für komplementäre Währungen in Dornbirn. Die erarbeiteten Modelle fanden großen Zuspruch und einige NachahmerInnen.

„Gemeinschaft Vorsorge Nahversorgung“ ist ein Interreg gefördertes Projekt, an dem sich fünf Partner aus Deutschland, der Schweiz und Österreich beteiligen. Während der zweitägigen Transfertagung in Dornbirn (Vorarlberg) unter dem Motto „Motivation für die Region!“ präsentierten alle Projektpartner ihre Erfahrungen, die sie in den letzten drei Jahren gesammelt haben.

Heute geben – morgen nehmen

Komplementäre Währungen sind nicht nur in der schon bekannten Form von Tauschkreisen denkbar, sondern lassen sich lange weiterdenken. Nur eines von vielen Beispielen: In Vorarlberg, aber auch in Wangen und Zürich arbeiten die Projektbeteiligten an einer zeitbasierten Komplementärwährung (Talente) für selbstorganisierte Nachbarschaftshilfe. In Memmingen und Vorarlberg wird ergänzend dazu eine Art Altersvorsorge auf Zeitbasis geplant, die unabhängig von finanziellen Leistungen aus Pension und staatlicher Dienstleistung funktioniert. Wer Heute hilft, spart ein Zeitguthaben an, das man im Alter als Unterstützung für sich selbst durch geeignete Personen konsumieren kann.

Talente, Taler und jetzt: Tagung

Komplementäre, also ergänzende Währungen sind derzeit aber auch in anderer Form auf einem stillen Eroberungszug – gerade in Vorarlberg ist die erfolgreiche Einführung von regionalen Geldern in bis jetzt drei ganz unterschiedlichen Regionen bereits erfolgt. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Unterstützung durch die örtlichen Raiffeisenbanken zu. Auch die hohe Akzeptanz in den Gemeinden und in der Bevölkerung scheint Signalwirkung zu haben, auch wenn der nötige Anteil an Bewusstseinsbildung nicht verschwiegen werden kann. Jetzt wurden die oft beeindruckenden Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert. Besonders Anklang fanden der Talente-Tauschkreis Vorarlberg, der inzwischen eine große Verbreitung findet und das entwickelte Zeitvorsorgemodell. Wenn alles klappt soll dieses generationenverbindende Projekt schon im nächsten Jahr gestartet werden.

Motivation für die Region!

Die Transfertagung im Oktober gab, nach der Eröffnung durch Landesrat Mag. Karlheinz Rüdisser, Gelegenheit, Erfahrungen und fundiertes Know-how der Projektpartner/innen zu vernetzen. Richtig angewendet, so wurde deutlich, wirken die ergänzenden Währungsmodelle gerade im Bereich *Soziale Arbeit* und *Regionalwirtschaft* als innovative und nachhaltige Instrumente. Projekte dieser Art werfen viele

neue Fragen auf, treffen auf große Zustimmung und auch durchaus auf Ablehnung. Die Organisatoren sind nach den drei Jahren Projektarbeit aber überzeugt, dass es sich lohnt diese ergänzenden Währungsmittel weiter zu entwickeln und gezielt und fokussiert einzusetzen.

Dies beabsichtigt z.B. eine Gemeinde und eine Raiffeisenbank in Luxemburg, die extra angereist waren um sich fit zu machen. Denn die Gemeinde hat eine Halbtagsstelle geschaffen um ein Währungsmodell zu entwickeln, das vermehrt zum Kauf von regionalen Produkten anregen soll. Ein solche Tagung mit diesem Format, sollte es bald wieder geben, zeigten sich zahlreiche TeilnehmerInnen beeindruckt.

Gernot Jochum-Müller

Alle weiteren Informationen und Bilder zur Tagung finden sie auf der Projektseite www.zart.org

Forum 24, Ulm

Unterwegs in ein postnukleares Zeitalter Untergehende Großtechnik und aufsteigende Bürgerbewegung

Nach den Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima sind doch hoffnungsvolle Veränderungen im Gange, um von globalen Gefährdungen loszukommen. Und Deutschland spielt eine maßgebliche Rolle dabei. Doch müssen viele andere technische und soziale Veränderungen folgen, damit wir in eine heilsamere Zukunft schreiten können.

Vortrag und Gespräch mit Anton Kimpfler, Schriftsteller, Freiburg i.B.

Mittwoch, 11. Januar 2012, **19.30 Uhr**

Haus der Begegnung, Grüner Hof 7, Ulm, Archiv

Endloses Bewußtsein

Neue medizinische Fakten zur Nahtod-Erfahrung

Die Diagnose lautet: „Klinisch tot“. Kann man in einem solchen Zustand noch etwas wahrnehmen? Ja, Millionen Menschen, die eine solche Phase überlebten, berichteten über Nahtod-Erfahrungen.

Pim van Lommel (Kardiologe), Holland und Sabine Mehne (Bericht von der eigenen Nahtod-Erfahrung)
Aschermittwoch, 22. Febr. 2012, **19.30 Uhr**

Stadthaus am Münsterplatz, Ulm

Kunst und Ökologie

Welche Bedeutung könnte der Kunst im Bezug auf die brennenden Fragen der Ökologie zukommen?

Vortrag und Gespräch mit Gottfried Bergmann, Biel (Schweiz)

Freitag, 2. März 2012, **19.30 Uhr**

Haus der Begegnung, Grüner Hof 7, Ulm, Clubraum

Ingeborg Löffelbein

Ingeborg Löffelbein geht in ihr neunzigsten Lebensjahr und mit ihr kündigt sich eine neue Zeit des Gebens und Mitgefühls an.

„Unser Ich steckt in der Geldbörse“ diagnostizierte ein Tiefsinniger. Das sagt auch: „Unserem“ Gelde gegenüber haben wir Intuition, sind im Wesen der Sache selbst, so wie wir wissen, wovon wir sprechen, wenn wir „Ich“ sagen. Durch meine erlebende Wachheit und Umsicht bestimme ich die Qualität des Geldes und seine soziale Wirkung mit. Und zwar als Pechmarie („Was bringt es mir?“) oder als Goldmarie („Was braucht das Andere?“) der Frau Holle. Ingeborg geht den Weg der Goldmarie und lauscht den Fragen, Nöten, Anforderungen. Wer die Liste der Dankesbriefe, Spendenquittungen, Geschenkadressaten ihrer vergangenen Jahrzehnte liest, gerät in ein Vademecum gesellschaftlicher Erneuerung, Initiative, Teilhabe und Solidarität! Darin stehen Initiativen wie die „Frauen für den Frieden“ neben der „Freien HEIDE statt Bombodrom“, die „Zukunftsstiftung Landwirtschaft“ zusammen mit den „Freunden der Erziehungskunst Rudolf Steiners“, „Robin Wood“ und „Ärzte für die Dritte Welt“, „Institut für soziale Gegenwartsfragen“ und „Berliner Arbeitslosenzentrum“, Motz und „Omnibus für direkte Demokratie“, Berliner Wassertisch, „Kulturraten“ für Lesungen und Diskurse der Bücherei für Geisteswissenschaft und soziale Frage, „Greenpeace“ und Bildungsgutscheine, Zeitschrift „Jedermensch“ und vieles mehr. Die Aktivistin schenkt und schenkt, aus ihren Ersparnissen und ihrer kleinen Pension. Aber die Golddeckung ihrer Zuwendungen sind ihre Empathie, ihr Interesse und ihr belebender Wille zur Veränderung! Ingeborg Löffelbein ist früh aus dem Berufsleben als Fachfrau in der Werbewirtschaft ausgestiegen, weil die Frage nach dem Sinn dieses Tuns und Zusammenhanges mit dem Ganzen in ihr zunehmend brannte. Sie kommt Mitte der siebziger Jahre über Joseph und Annelore Busch mit dem Erkenntnis- und Verwandlungsimpuls der Anthroposophie in Berührung und schliesst sich 1975 der sozialwissenschaftlichen und volkspädagogischen Institutsinitiative von Dipl. Ing. Hans-Georg Schweppenhäuser in Freiburg an: schreibend, stenographierend, helfend, fragend, weitersagend. Bei ihm lernt sie große Antworten auf die großen sozialen Nöte der Zeit kennen. Gleichzeitig lernt sie ihre Frage nach einer Sozialen Baukunst in den Rahmen der bildenden Künste und des Kulturerbes der Menschheit zu stellen und unternimmt zahlreiche Exkursionen mit dem Kunsthistoriker Dieter Rudloff.

Als sie sich Anfang der Achtziger Jahre wieder nach Berlin begibt, woher sie stammt, und eine bescheidene Wohnung im Sidonie Scharfe-Stift nimmt, wird ihre Vernetzungstätigkeit immer intensiver – ohne Facebook und Internet, aber ganz aus der Begegnung von Mensch zu Mensch. Sie erschafft auf ihre Weise einen Mikrokosmos des Gebens und Nehmens und wird zur Initiatorin eines neuen, schenkenden gesellschaftlichen Miteinanders. Heute ist Ingeborg in ihr neunzigstes Lebensjahr eingetreten, und wir dürfen staunen und danken!

*Manfred Kannenberg-Rentschler, Berlin-Zehlendorf,
den 9. November 2011*

Entscheidende Vermittler

Diesen Beitrag von Anton Kimpfler können sie nur in der gedruckten Ausgabe lesen.

Wovon wir alle leben

Gemeingüter – was soll das sein? In jüngster Zeit wird die Vokabel oft zitiert, aber nur wenige wissen damit etwas anzufangen. Mit dem Begriff sind kaum Geschichten und Bilder verknüpft. Dabei sind die Gemeingüter das, wovon wir alle leben. Oft bemerken wir sie erst, wenn ihr Schwinden die Existenz bedroht: wenn das Wasser versiegt, das Klima kollabiert oder uns der Zugang zu Wissen verwehrt bleibt.

Im Dezember 2009 startete die Welt auf Kopenhagen wie das Kaninchen auf die Schlange. In der dänischen Hauptstadt kamen jene zusammen, die behaupten, unsere Interessen als Bürgerinnen und Bewohner dieser Erde zu vertreten. Es sollte um ein völkerrechtlich bindendes Abkommen mit quantifizierbaren Zielen für die Reduktion von Treibhausgasen gehen. Die sozialen Bewegungen mobilisierten, die Wissenschaftler und Nichtregierungsorganisationen analysierten, die Sicherheitskräfte observierten, und die Politiker debattierten. Doch nach dem Spektakel herrschte Katerstimmung. Die Kurzsichtigkeit, mit der auf der Weltklimakonferenz Überlebensfragen verhandelt wurden, bot Anlass zum Verzweifeln. Gemessen an der dramatischen Bedrohung durch die Übernutzung des wichtigsten globalen Gemeinguts, der Atmosphäre, kam das Versagen der multilateralen Verhandlungsstrukturen einer politischen Bankrotterklärung gleich. Die »Vertretung« unserer Interessen funktionierte in Ko-



penhagen nicht. Der Schutz der Atmosphäre ebenso wenig. Nur bestimmte Lobbyisten – und die Hoteliers der Stadt – ließen die Sektkorken knallen.

Das Ergebnis war vorhersagbar. »Es gibt kein internationales Regierungshandeln, das die Ressourcen der Menschheit effizient verwalten und schützen würde«, so die ernüchternde Diagnose von James Quilligan, seit Jahrzehnten als Commons-Experte in der internationalen Politikberatung tätig. Tatsächlich trug staatliches Handeln auf internationaler Ebene nur selten zum Gemeingüterschutz bei. Mitunter wird auf das Montrealer Protokoll von 1987 verwiesen, ein »Meilenstein des Umweltrechts« zum Schutz der Ozonschicht. Das multilaterale Abkommen hat erheblich zur Reduzierung und schließlich zur vollständigen Abschaffung der Emission chlor- und bromhaltiger Chemikalien wie FCKW beigetragen. Das ist ein selbsterfolg.

Im Kontext von Kopenhagen aber wurde die führende Gemeinguttheoretikerin Elinor Ostrom, seit Oktober 2009 Wirtschaftsnobelpreisträgerin, nicht müde, eine zentrale Erkenntnis ihrer Forschung in Erinnerung zu bringen: »Es reicht nicht aus, Regeln von oben zu setzen.« Zudem zeigen Ostrom und mit ihr Generationen von Gemeingüterforschern, dass sowohl der Staat als auch der Markt, aber auch Gemeinschaften im Umgang mit Gemeingütern einmal erfolgreich sind und ein anderes Mal scheitern. Gleich, welche These man zu bestätigen sucht, man wird immer großartige Beispiele zitieren können und zugleich von Misserfolgsgeschichten zu berichten wissen. Dadurch wird klar: Wir dürfen uns weder auf einzelne Akteure verlassen noch auf bestimmte Eigentumsformen, noch gibt es leicht kopierbare Institutionen und Regelwerke. Was in Deutschland geeignet ist, den Wald naturnah zu pflegen, wirkt in Brasilien in der Regel deplaziert. Stattdessen muss es gelingen, den Menschen die Möglichkeit zu geben, »ihre eigenen Regeln zu gestalten«, meint Ostrom. Nur dann entwickelt sich Vertrauen als grundlegende Bedingung für Kooperation.

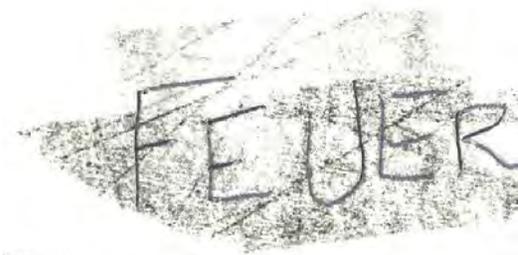
Es gibt keine Gemeingüter ohne gemeinsames Tun

Die Über- oder Unternutzung kollektiver Ressourcen ist weder dadurch zu lösen, dass wir endliche Ressourcen mit einem Preisschild versehen, noch dadurch, dass wir Ressourcen, die sich durch ihren Gebrauch mehren, wie Sprache, Wissen oder Code, künstlich verknappen. Wir können, das zeigt Kopenhagen, diese Fragen ebensowenig den Regierungen überlassen. Der Grund ist einfach: Wie andere Akteure auch ziehen Nationalstaaten im internationalen Konkurrenzkampf ökonomische und politische Macht aus dem Zugriff auf diese Ressourcen. Warum sollten sie darauf verzichten? Zu Hause – etwa wenn es um die Sauberkeit der deutschen Flüsse geht – übernehmen einzelne Verwaltungen durchaus bemerkenswert Verantwortung für nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung. Sobald sich jedoch die Möglichkeit eröffnet, Verluste auf andere abzuwälzen und den Umweltraum der Asiatinnen oder Afrikaner zu plündern, präsentiert sich selbst eine bundesdeutsche Regierung in des Kaisers neuen Kleidern. Da wird mit nacktem Finger auf andere gezeigt: »China ist schuld!« Der Soziologe Bernd Hamm zieht aus der traurigen Bilanz die Konsequenz: »Vergessen wir Kopenhagen!« Es gibt Gründe, mit solch harschem Urteil zu sympathisieren.

Verordnete Maßnahmen sind ineffizient, »weil sich die Menschen nicht mit ihnen identifizieren«, sagt Elinor Ostrom. Zudem verlangte dies einen Staat, der willens und in der Lage wäre, eine gemeinwohlorientierte Ressourcenpolitik zu betreiben. Dies ist in wenigen Ländern der Fall. Vielerorts regieren Korruption, massiver Lobbyismus oder Wachstumsfetischismus.

Es ist klar, was zu tun ist und wie es zu tun ist. Statt Geld, Energie, Hirn und Talente weiterhin in Sackgasenverhandlungen zu investieren, kann all dies direkt und von jedermann in dezentrale Energiegewinnung, in die Wiederbelebung des öffentlichen Nahverkehrs oder in ein Unterrichtsfach »Gemeingüter: Zukunft ist nicht (ver-)handelbar« investiert werden. Zudem könnten wir einmal wöchentlich auf Nachrichten über Konkurrenz und Katastrophen verzichten und stattdessen darüber sprechen, was Menschen miteinander gelingt, wenn sie Energieressourcen in ihre Communities zurückholen, wenn sie lebenswerte und beziehungsreiche Wohn- und Arbeitsorte schaffen oder gemeinwohlorientierte Lösungen für Bildung und Kultur entwickeln.

Es ist eine große Bewegung im Gang. Sie ist vielfältiger, als im Kontext der Klimaverhandlungen bereits sichtbar wurde. Doch diese Bewegung hat das Problem eines Neugeborenen. Sie hat sich noch nicht selbst entdeckt, und ihr fehlt die programmatische Grundlage. Dennoch ist sie da. »Das eigentlich Erstaunliche«, so Bernd Hamm, »sind die Menschen. Für viele wird das Versagen der Politiker gerade neuen Ansporn bringen. Sie, wir, werden unbeeindruckt weiter diesem Weg folgen, wir werden Häuser dämmen und Bahn fahren, wir werden [...] Bürgersolkraftwerke bauen, wir werden unseren Kommunen Beschlüsse für erneuerbare Energien abringen, wir werden ...« Trotz allem scheint es wenig sinnvoll, das Kind mit dem Bad auszuschütten. Vergesst Kopenhagen nicht ganz! Wir brauchen beides. Eine starke Bewegung, die weniger verhandlungsfixiert ist, aber auch multilaterale und von den nationalen Interessen unabhängige Strukturen. Sie müssen effektiv auf den Schutz der Gemeingüter ausgerichtet sein und die zahllosen Initiativen der Menschen vor Ort direkt stärken. Das Ergebnis von Kopenhagen erinnert daran, wie dringend das Nachdenken über Gemeingüter in die Mitte der Gesellschaft zurückgeholt werden muss. Hier können wir neu aushandeln, wie der Zugriff, die Nutzung und die Kontrolle von Gemeingütern gestaltet werden sollen. Peter Linebaugh, ein bedeutender Commons-Historiker der Gegenwart, nennt diesen Prozess des Gestaltens Commoning. Linebaugh hat recht, wenn er meint, es gäbe keine Gemeingüter ohne Commoning, ohne gemeinsames Tun.



Was sind Gemeingüter?

Gemeingüter gehören nicht einem Einzelnen, aber auch nicht niemandem. Es sind all jene Dinge, die einer bestimmten Gruppe »gemein« sind. Gemein bedeutete ursprünglich »mehreren abwechselnd zukommend«, später dann: »mehreren in gleicher Art gehörig«, woraus sich »gemeinsam« und »gemeinschaftlich« entwickelt hat. Gemeingüter sind vielfältig in ihrer Erscheinung und Funktion. Sie sichern unsere Grundversorgung mit Nahrung, Energie und Medizin. Sie sind Essenz der Umweltleistungen, die wir zur Wasseraufbereitung, Sauerstoffreproduktion und CO₂-Absorption nutzen. Wir brauchen sie als Datenbank für Wissen und Informationen sowie als Quellen der Innovation und Kreativität: Kunst, Kultur, das Internet, Wikipedia oder freie Software basieren darauf, dass Menschen miteinander teilen und weiterentwickeln, was sie vorfinden oder von vorangegangenen Generationen übernehmen. Ohne Gemeingüter gibt es keine Fortbewegung und keine Kommunikation – denken wir an die Verkehrswege, die Sprache oder das elektromagnetische Spektrum.

Im Kern des Begriffs aber steht, dass Gemeingüter der sozialen Bindung dienen. Sozialer Zusammenhalt entsteht immer dann, wenn wir uns über den Zugang, die Nutzung und Kontrolle dieser kollektiven Dinge verständigen und wenn wir sie reproduzieren. Gemeingüter fügen sich demnach aus drei Grundbausteinen:

1: *Die Ressourcen selbst.* Wasser und Boden, Code und Wissen, Algorithmen und Kulturtechniken, die Zeit, die Stille und die Atmosphäre sind Gemein- oder »Allmend«-Ressourcen. Jeder Mensch hat grundsätzlich die gleiche Berechtigung, sie zu nutzen. Eine Person – ein Anteil, statt: Ein Dollar – ein Anteil!

2: *Die Menschen, die diese Ressourcen in Anspruch nehmen.* Gemeingüter sind ohne konkret handelnde Menschen in ihren sozialen Umgebungen nicht denkbar.

3: *Die Regeln und Normen, nach denen die Ressourcen verwaltet werden.* Wenn ich Wasser oder Boden nutze, mindert dies die Möglichkeiten des Gebrauchs durch andere. Teile ich hingegen Wissen oder Informationen, mehre ich die Nutzungsmöglichkeiten dieses Wissens für alle und auch für mich. Der jeweils sinnvolle Umgang mit Gemeingütern ist unter anderem von der konkreten Ressource abhängig: Ist sie endlich oder nicht? Lässt sie sich problemlos vervielfältigen, oder sind der Vervielfältigung Grenzen gesetzt? Die Regeln sind unterschiedlich, doch gemeinsam ist ihnen, dass sie von den Nutzern selbst bestimmt werden sollten. Sie entstehen aus dem direkten Bezug auf Verhaltenseinstellungen, Fertigkeiten und Werten.

Die Leistungen der Gemeingüter sind vielfach weder Bestandteil des Bruttoinlandsprodukts, noch machen sie den Wachstumsindikatoren in den Nachrichten

Konkurrenz. Stattdessen werden sie erst dann wahrgenommen, wenn sie verschwinden: Wenn Saatgut nicht mehr von der Ernte einbehalten und im Folgezyklus ausgesät werden darf. Wenn Orte des Verweilens in den Städten zu Orten des Konsumzwangs geworden sind. Wenn – wie für 2048 vorausgesagt – alle kommerziell nutzbaren Fischbestände kollabiert sein werden. Wenn das Klima kippt und der Zugang zu Wissen unter Verschluss gerät, was zu überhöhten Preisen für lebenswichtige Medikamente oder für wissenschaftliche Artikel führt.

Elinor Ostrom hat unzählige Gemeingütersysteme weltweit durchkämmt und ist überzeugt: Die jeweiligen Nutzer wissen in der Regel selbst am besten, was zu tun ist. Zu den Voraussetzungen, damit sie erfolgreich zusammenwirken können, gehört der bewusst gelebte Beziehungsreichtum des einzelnen Menschen zu Orten, Ressourcen und den anderen. Überschaubare Systemgrenzen sind hilfreich. Sie ermöglichen direkte Kommunikation und klare Strukturen. Regeln und Entscheidungen müssen allen Betroffenen einleuchten, was in überschaubaren Gemengelagen eher möglich ist als in globalen Klimaverhandlungen. Auch stabiles Wissen über die langfristige Entwicklung der jeweiligen Ressourcen sowie Monitoringverfahren und Sanktionen gehören zu erfolgreichem Gemeingutmanagement. Wem im Umgang mit Gemeingütern welches Gewicht und welche Entscheidungsbefugnis zukommt, basiert in der Regel auf eingebrachten Leistungen und Reputation. Wer sich als Trittbrettfahrer entpuppt, mit dem wird man weniger gern zusammenarbeiten. Wer als verlässlich gilt, der hat einen entscheidenden – oft auch materiellen – Vorteil. Insider wissen, wem man vertrauen kann, Einsteiger können dieses Wissen nutzen. Das System als Ganzes profitiert.

Verschiedene Gemeingüter, ähnliche Logiken

Wären Internet und Wikipedia in ihrer fortdauernden Entstehung den Regeln des Markts und nicht jenen der Gemeingüter unterworfen, würden sie heute kaum die Fülle an Innovationen und Informationen bieten, die jedem Menschen offenstehen. Doch das Internet ist als Gemeingut entstanden. 1989 schrieb Tim Berners-Lee die Seitenbeschreibungssprache HTML und das entsprechende Internetprotokoll http. Berners-Lee wollte, dass die Ergebnisse von allen frei weiterentwickelt und genutzt werden können. Die gemeinsamen Ressourcen sind der Code und das Wissen über die Netzarchitektur. Die Gemeinschaft sind all jene, die Code und Wissen weiterentwickeln, sowie jene, die die Regeln des Netzes pflegen: Netzneutralität etwa oder dass das World Wide Web Consortium nur patentfreie Standards zulässt. Kein Markt und kein Staat haben dies gewährleistet, sondern die Internet Community selbst. Grundbedingung für die Entfaltung des Inter-

nets als Gemeingut waren die Idee des Teilens und der Verzicht auf Kontrolle über andere. Aber nicht nur in der digitalen Welt sind gemeingutreproduzierende Spielregeln möglich.

Im November 2009 titelte die Berner Zeitung: »Grindelwald ist nobelpreisverdächtig«. Sie ermöglichte der kleinen Schweizer Gemeinde einen großen Auftritt. Der Ort erhielt seinen Namen zu Recht, denn »Grindelwald« geht zurück auf grintil, Riegel, und walt, Wald. Tatsächlich wird der Ausbeutung der Grindelwalder Flur seit Jahrhunderten ein einfacher Riegel vorgeschoben. Die von der überwältigenden Kulisse der Eiger-Nordwand geprägte Kulturlandschaft erhielt ihr Gesicht nach Regeln, die 1404 im Taleinungsbrief festgeschrieben wurden, der ersten schriftlichen Alpenverfassung überhaupt. Der Brief legt fest, wie die privatrechtlich organisierten Alpkorporationen die Übernutzung der Alp verhindern. Dabei belegen die Bestimmungen, wie ökologisch und beitragsorientiert die Grindelwalder Bauern schon zu Beginn des 15. Jahrhunderts dachten:

Nur Tiere, die man winters in den Höfen füttern konnte, durften auf die Alp. Das Futterangebot im Winter bestimmte die Anzahl der Sommerweiderechte auf dem Gemeingut. Den Landbesitzern im Tal wurden die



»Kuhrechte« nach Besitzgröße zugeteilt. Diese Rechte sind bis heute nicht an die Person, sondern an den Bodenbesitz gebunden. Und sie sind nach außen unverkäuflich. Jedes Jahr sind die Bergler zum »Tagwannen« – zur Alppflege – verpflichtet. Je mehr Kuhrechte, desto mehr Leistungen sind für die Gemeinschaft zu erbringen.

Dieses System hat die Übernutzung der Weiden verhindert, den Ausverkauf des Lands und die Konzentration des Landbesitzes erschwert sowie die Kultur der Alpwirtschaft gepflegt. Freilich sind die Bergschaften mit neuen Problemen konfrontiert. So verbringen heute immer weniger Kühe den Sommer auf den Bergweiden. Unternutzung ist offensichtlicher als Übernutzung. Doch das Ringen um den Erhalt des Systems lohnt sich, denn es bleibt ökologisch, sozial und ökonomisch sinnvoll, Milch und Käse auch künftig dort zu produzieren.

Gemeingüter verbinden Weltsichten

Klassische Indikatoren wie Wachstum oder das Bruttoinlandsprodukt sagen nichts darüber aus, ob sie der gemeinwohlorientierten Nutzung der Gemeingüter oder ihrer Zerstörung zuzuschreiben sind. Sie befinden sich mitunter auch dann im Aufwärtstrend, wenn Lebenswichtiges vernichtet wird. Daher fällt das von der Bundesregierung im Dezember 2009 beschlossene »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« aus der Zeit. Wir brauchen nicht mehr von der Lebensqualität der Menschen weitgehend entkoppeltes Wachstum! Wir brauchen ein Potpourri an Ideen, wie Wohlstand auch dann erreichbar ist, wenn der Kuchen nicht mehr wächst. In einer Situation, in der sich sowohl das Vertrauen auf staatliche Planung als auch auf die »unsichtbare Hand« des Markts als Illusion erwiesen haben, ist es naheliegend, die Dynamik der Gemeingüter zum zentralen Paradigma unseres Handelns zu machen. Das bedeutet auch, möglichst viel von jenen Dingen, die für ein würdevolles Leben nötig sind, jenseits des Verwertungsdrucks des Markts zu entwickeln, was Menschen auf neue Weise zueinander in Beziehung setzt: Zentral sind hier die Bezugnahme auf Kenntnisse, Bedürfnisse und Wünsche der Menschen und nicht Managerentscheidungen darüber, was auf dem globalisierten Markt noch platziert werden könnte.

Eine auf Gemeingütern basierende Wirtschaft – nennen wir sie nach Yochai Benkler vorläufig »Gemeine Peer-Produktion« (engl. commons based peer production) – steht für die Fokussierung auf den gemeinsamen Nutzen, der auch für den Einzelnen als gewinnbringend erfahren wird, gleich ob die Peers freie Software produzieren oder eine Enzyklopädie, ob sie Pflegeleistungen erbringen, Fahrräder, Lebensmittel oder Medizin herstellen. Unabhängig davon, ob der Begriff sich durchsetzt, geht es um eine künftige Ökonomie des Teilens und der Beteiligung, um faire Nutzung von Ressourcen für den Gewinn an Lebensqualität statt für die Akkumulation von Gütern. Das ist geldeffizienter als das, was wir bislang tun: In guten Zeiten errichten wir Mega-Infrastrukturen für Warenproduktion und -transport. In schlechten Zeiten privatisieren wir diese Strukturen oder bürden sie als Schuldschein den kommenden Generationen auf.

Gemeingüter als gemeinsame politische Plattform?

Gemeingüter bieten sich als Basis einer strategischen Plattform zum Umbau der Gesellschaft an, weil sie in allen gesellschaftlichen Bereichen vorkommen, in der sozialen, natürlichen, kulturellen und digitalen Sphäre. Der Ansatz ermöglicht eine gemeinsame Reflexion vielfältiger Praxen, in der die ökologische, die kulturelle und die soziale Dimension in organischer Weise verbunden sind.

Vermag eine moderne Commons-Debatte das lebensbejahende Prinzip der Vielfalt in den Mittelpunkt zu rücken? Vermag sie, Brücken zwischen Weltsichten zu schlagen und der großen und vielfältigen Bewegung zu einem Ich-Bewusstsein zu verhelfen? Wird es gelingen, kooperativem Handeln entscheidende Impulse zu geben? Schließlich findet Kooperation nicht dort statt, wo Stress und Konkurrenzdruck existieren, sondern dort, wo Stressoren abgebaut werden. Was kann die Wiederbelebung der Gemeingüter dazu beitragen? Zu den Grundüberzeugungen der Debatte gehören das Vertrauen auf die schöpferischen Potenziale der Menschen und die Idee der Interrelationalität, des Aufeinander-Angewiesenseins: »Ich brauche die anderen, und die anderen brauchen mich.« Es gibt keine Notwendigkeit, die kollektiven über die individuellen Interessen zu stellen oder umgekehrt. Der Fokus auf



Gemeingüter entpolarisiert. Er aktiviert eher die wichtigsten Motive politischen Handelns. Was in konservativer Sicht als Bewahrung der Schöpfung erscheint, lässt sich in linker Tradition als Verteidigung des Kollektivbesitzes gegen private Aneignung verstehen. Das ermöglicht (bündnis-)politisch neue Verbindungen in ansonsten wenig verknüpften Milieus.

Neue Technologien ermöglichen neue Kooperationsformen

Die Geschichte der Menschheit kennt drei große produktive Revolutionen. Vor über 5000 Jahren, mit dem Entstehen der Stadtstaaten, begann man, Menschen zur Schaffung von »Mehrwert« zu zwingen. Dieser Mehrwert stand der herrschenden Klasse zur Verteilung zur Verfügung. Die zweite Revolution setzte vor etwa 500 Jahren ein. Sie milderte den Zwang durch die Möglichkeit, dass Menschen ihre Produkte austauschten und Dinge zunehmend aus eigenem Antrieb herstellten. Die dritte produktive Revolution begann gestern. Vor einem Vierteljahrhundert. Sie versetzt den einzelnen in die Lage, in Netzwerken Dinge zu schaffen, die allen zur Nutzung zur Verfügung stehen, und zwar aus sich selbst heraus, weil sie eine Enzyklopädie, ein Betriebssystem oder ein Fahrzeug produzieren wollen. So wird – auf Augenhöhe – Zusammenarbeit auch zwischen Tausenden möglich. Es entstehen Artefakte von einer Komplexität, die auch großen Unternehmen enorme logistische und konzeptionelle

Schwierigkeiten bereiten würden. Diese »Gemeine Peer-Produktion« hat Harvardprofessor Yochai Benkler in seinem Buch »The Wealth of Networks« als äußerst produktive Form beschrieben, Wissen und Code zu produzieren. Aber hilft uns dies im Umgang mit materiellen Dingen? Schließlich ist Wissen, anders als Materielles, beliebig reproduzierbar. Peter Lingemann und Lisa Paus bringen die Brücke zwischen beiden Sphären in ihrem Artikel »Weg von der Ressourcenfrage« in der taz vom 2. September 2006 auf den Punkt. In der Herstellung all dessen, was wir essen und trinken, anziehen und abnutzen, macht Wissensproduktion den Löwenanteil aus.

»Auch beim normalen Gebrauchsgut, etwa einem Hühnerei, ist entscheidend, durch welches Konzept man zu einem gesunden Hühnerei kommt; der Wert von Dotter, Eiweiß und Kalk ist dagegen eher gering. Der Anteil des Wissens an der gesamten Wertschöpfung beträgt heute bereits etwa 70 Prozent. Alle Waren verwandeln sich latent in Wissensprodukte. Wissen ist beliebig verfügbar, wird nicht weniger. Überfluss ist in der tradierten Markttheorie jedoch nicht vorgesehen.«

Da ist es also, das Füllhorn, in der es keine Mangelwirtschaft, sondern Überfluss gibt. Überfluss an menschlicher Kreativität, an beliebig reproduzierbaren Ideen und Konzepten, auf die Communities beliebig zugreifen können.

Gemeingut oder nicht? Ein großer Unterschied für Recht und Politik

Die Commons werfen ein neues Licht auf Altes. So ist es ein Unterschied, ob ich die Atmosphäre als Gemeingut sehe oder als Handelsware, und es ist ein Unterschied, ob Gewässer als Gemeingut begriffen werden oder nicht. Ersteres hätte so mancher ostdeutschen Kommune harte Auseinandersetzungen um die Privatisierung der Seen oder die Verbarrikadierung des Wannsee-Uferwegs erspart. Ein Gewässer als Gemeingut zu bestimmen, heißt, die Nutzungsrechte der Commons, z. B. den Zugang zum See, zu privilegieren und sie nicht als beliebig transferierbare Nutzungsrechte an Einzelne zu übergeben. Wenn aber Gemeingüter nicht mehr gedacht werden, schwinden sie irgendwann aus der Realität. Wenn der öffentlichen Aufmerksamkeit entgeht, dass Gewässer Gemeingut sind, gibt es an der Ostsee bald Verhältnisse wie am zauberhaften Binnensee Coatepeque in El Salvador.

Dort sind die Mauern der Grundstückeseigner so hoch, dass der See von der öffentlichen Straße aus nicht mehr erspäht werden kann.

Oder nehmen wir die Saatgutzüchtung. Sie ist komplex, aufwendig und teuer. Eine neue Sorte auf den Markt zu bringen, kostet in Deutschland derzeit an die 80 000 Euro über eine Entwicklungszeit von etwa zehn Jahren. Die regionale Vielfalt von Saatgut als Gemeingut ist unabdingbar, wenn wir angesichts des Klimawandels die Ernährung sichern wollen. Würde die Gesellschaft dies anerkennen, so würde der Staat die Steuermittel nicht weiter in Hybridentwicklung stecken, sondern in die Züchtung regional angepasster Sorten mit guten agronomischen Eigenschaften. Das Thema dem Markt zu überlassen, führt jedenfalls zu einem rasanten Verlust der Sortenvielfalt. Saatgut indessen als Gemeingut zu verstehen, heißt: Vielfalt und Selbstbestimmung erhalten und Ernährung sichern.



Es gibt eine Alternative

Gemeingüter, das bedeutet dreierlei: einen anderen Prozess des Produzierens – Gemeine Peer-Produktion, Care Economy, Formen des solidarischen Wirtschaftens und vieles mehr –, eine neue Form des Regierens und Regu-

lierens – Selbstorganisation und Co-Governance – und eine Wiederauflage der Eigentumsdebatte. Hier wird die Vorstellung vom unantastbaren Privateigentumsanspruch auf Gemeinressourcen aufgeweicht. Es geht dabei nicht um ein Entweder-Oder, nicht um Privateigentum – Ja oder Nein? Es geht darum, Anspruchsrechte auf Gemeinressourcen so zu gestalten, dass eben der Zugang zum See grundsätzlich für alle erhalten bleibt. So wie der Zugang zu sauberer Luft, zu Parks, Wissen und Code. Das heißt auch, dass dieser Zugang mit Regeln und Auflagen verbunden sein kann, oft sogar verbunden sein muss. Eigentumsrechte wären demnach an zwei Bedingungen zu messen: Gemeingüter dürfen nicht in ihrem Bestand zerstört oder verbraucht werden. Und kein Anspruchsberechtigter darf von Zugang und Nutzung ausgeschlossen sein.

Die politische Ökonomie der Gegenwart kombiniert die Vorstellung von einer unendlichen Fülle natürlicher Ressourcen, an denen sich Marktakteure schadlos halten, mit dem Aberglauben, dass Innovation nur dann geschehe, wenn der Zugang zu Wissen und Kultur künstlich verknappt werde, etwa durch Kopier-

Bäuerliche Wirtschaftsgemeinschaft

schutzmechanismen und die Ausweitung sogenannter intellektueller Eigentumsrechte auf immer kleinere Bausteine des Wissens und des Lebens. Doch in der Realität sorgt gerade freie, dezentrale und in Netzwerken organisierte Kooperation für Innovationsschübe. Unsere politische Ökonomie muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Das gelingt, wenn wir uns auf die Gemeingüter besinnen und eine Plattform entwickeln, die Orientierung für das Reprogrammieren der politischen Ökonomie bietet. Wir müssen uns Grenzen setzen und natürliche Ressourcen nachhaltig nutzen, aber mit Ideen verschwenderisch umgehen.

Wir können eine politische Ökonomie auf den Weg bringen, die von Gemeingütern ausgeht und sie für die Zukunft weiterentwickelt; eine politische Ökonomie, die der Vielfalt der Ressourcen, der Unterschiedlichkeit der Communities und dem unerschöpflichen Reservoir erfolgreicher Management- und Organisationsformen gerecht wird; eine politische Ökonomie, die die Gelingensprinzipien für erfolgreiche Gemeingüter herauschält und erstarrte Glaubenssätze auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt.

Spannende Ansätze dafür gibt es in allen Bereichen: in der unabhängigen ökologischen Saatgutforschung, in der Bewegung für freie Soft- und Hardware, im Kampf dafür, dass Erdöl wie in den Urwäldern Ecuadors im Boden bleibt, oder im Bemühen darum, die Versorgung mit Wasser, Wärme und Strom in überschaubare Strukturen zu lenken. Überall gibt es Gemeinschaften und wegweisende unternehmerische Bündnisse, gelegentlich sogar unterstützt von der Politik. Der Staat muss seine treuhänderische Funktion für Gemeingüter ernstnehmen. Er muss soziale Innovation fördern und Ressourcenkonflikte im Interesse der Allgemeinheit lösen. Der Staat sollte seine Legitimität aus der Verteidigung der Gemeinressourcen ziehen, statt aus dem Zugriff auf diese Dinge. Es gibt eine Alternative!

Silke Helfrich

aus: *Oya – anders denken.anders leben*«OYA 01/2010

Diesen Beitrag von *Michael Hufschmidt* können sie nur in der gedruckten Ausgabe lesen.



Copyright: Dieser Textbeitrag in Oya steht unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen unter Nennung der Autorin in Verbindung mit »aus: Oya – anders denken.anders leben« frei verwendet (BY) und unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA) (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

Eine Allmende ist kein Schlaraffenland,
das leergefressen wird,
sondern eher ein Picknick,
zu dem alle etwas mitbringen.

Silke Helfrich

Neue Eigentumsformen

Der Kunstgriff des Kapitals bestand schon immer darin, sich aller Güter zu bemächtigen, auch der „Gemeingüter“, was ihm angesichts öffentlicher Armut („Politik der leeren Kassen“) und privaten Reichtums („Kapitalstau“) denn auch sehr leicht gemacht wurde. In früheren Zeiten gab es im germanisch-keltischen Herrschaftsgebiet die „Allmende“, eine von allen gleichermaßen nutzbare Ressource, die keinen Eigentümer kannte. Insbesondere bei der Bewirtschaftung von Grund und Boden spielte die „Allmende“ eine bedeutsame Rolle, worauf unter anderem auch Professor Binswanger Mitte der 80er Jahre den Fokus der Aufmerksamkeit zu lenken verstand. Das römische Eigentumsrecht verdrängte die „Allmende“ jedoch genau so konsequent, wie nun der nahezu allein herrschende Spätkapitalismus sich die letzten freien Güter, eben „Gemeingüter“, einzuverleiben versteht. Der einzige Ausweg aus dieser Sackgasse ist die Wiederbelebung gemeinschaftlichen Eigentums, etwa durch genossenschaftliche Organisationsformen oder durch eine konsequente „Kapitalneutralisierung“, wie sie unter anderem von Professor Ota Sik und Professor Folkert Wilken beschrieben wurde und im anthroposophischen Umfeld schon seit längerem konsequent umgesetzt wird.

*Michael Heinen-Anders
in einem Leserbrief an „die tageszeitung“*

Gewinne und Unterstützungen von Unternehmen

Das Betriebskapital und die erwirtschafteten Gewinne sind kein Privatvermögen von Unternehmern und deren Leitern. Sie müssen im Betrieb verbleiben oder sollen dem gesamten, sozialen Leben zugute kommen.

Subventionen, ob durch die Europäische Union, den Bund, die Länder und Kommunen, müssen als Leihkapital gegeben werden und sind zurückzuführen. Das sollte helfen, Arbeitsplätze zu erhalten und Neugründungen zu ermöglichen, besonders für kleinere und mittelständische Unternehmen.

Alles, was aus öffentlichen Mitteln geleistet wurde, ist sofort zurückzuzahlen, wenn die Betriebe ihren Verpflichtungen nicht in ordentlicher Art nachkommen und, zum Beispiel durch Misswirtschaft, Arbeitsplätze gefährden oder, um des reinen Profits wegen, Arbeitsplätze auslagern, wohin auch immer.

Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sind von den Beschäftigten selbst zu wählen. Das ist ein Ehrenamt, ohne Zusatzeinkommen. Das Einkommen fließt aus dem sonstigen Arbeiten.

Ingrid Krüger

Keine Ware

Grund und Boden kann nicht produziert werden; er ist also von Anfang an keine Ware. Er unterliegt also niemals dem Prinzip der Ware, über die man Verträge abschließt. Grund und Boden geht also überhaupt das, worüber man Verträge abschließt, nichts an. Er muss allmählich übergeleitet werden in die soziale Struktur, so, dass zunächst die Verteilung von Grund und Boden im Hinblick auf die Bearbeitung durch die Menschen eine demokratische Angelegenheit des politischen Staates ist und dass der Übergang vom einen zum anderen eine Angelegenheit des geistigen Gliedes des sozialen Organismus ist. Das lebendige Verhältnis im demokratischen Staate entscheidet darüber, wer an einem Stück Boden arbeitet zugunsten der Menschen. Boden ist niemals Ware. Er ist von Anfang an etwas, was man nicht kaufen und verkaufen kann.

Danach hat man zunächst zu streben, dass man den Boden nicht kaufen und verkaufen kann, sondern dass dasjenige, was den Boden überführt in die Sphäre der Bearbeitung durch den Menschen, rechtliche und geistige Verhältnisse, rechtliche und geistige Impulse sind.

*Rudolf Steiner, 16. Juni 1920 (Vierter Studienabend
des Bundes für Dreigliederung des
Sozialen Organismus, Gesamtausgabe 337a)*

Gesund nutzen, nicht besitzen

Diesen Beitrag von *Michael Hufschmidt* können sie nur in der gedruckten Ausgabe lesen.

Mir schwebt eine Art
Stiftungsmodell vor,
wo Eigentum nicht veräußerbar
ist und Gewinne nicht
ausgeschüttet werden dürfen.
Sarah Wagenknecht

Gemeinnützige Stiftungen

Diesen Beitrag von *Barbara Wagner* können sie nur in der gedruckten Ausgabe lesen.

Neutrales Eigentum für Grund und Boden

Diesen Beitrag von *Barbara Wagner* können sie nur in der gedruckten Ausgabe lesen.

Die Gestaltung des Rechtslebens im Verhältnis zu Wirtschaft und Kultur

„Da seht ihr einen, der versteht, welche sozialen Einrichtungen nötig sind! Wie er es meint, so wollen wir es machen.“ Angebote in dieser Art gibt es in Hülle und Fülle. Vor allem Parteien überbieten sich geradezu in dieser Richtung. Die Erfahrung hat gezeigt, dass all diese Lösungsversuche, die Einzelne oder Parteien vorgeschlagen haben, sich als Illusionen erwiesen. Denken wir an das heutige Staats-Schulwesen, an staatsgebundene Krankenkassensysteme oder den Kommunismus insgesamt. Man sieht heute immer klarer: Wenn sich der Staat in das Wirtschaftsleben oder Geistesleben einmischt, entstehen chaotische Zustände. Unter den monarchistischen Verhältnissen hatte man dem Staat allmählich alles zur Verwaltung aufgehäuft, was früher die Kirchen oder andere weltliche Mächte zu verwalten hatten. Dies war eine Zeit lang ein gewisser Fortschritt. Durch das Heraufkommen der arbeitsteiligen Wirtschaftsweise verwandelte sich der zentralistische Staat ins Negative.

Man kann die Tendenz in Europa einigermaßen gut studieren, indem man bestehende Verhältnisse mit der Schweiz vergleicht. Die Verhältnisse bessern sich immer, wenn eine zentralistische Verwaltung in eine dezentrale Verwaltung übergeht. Die Schweiz ist sicher nicht ideal sozial gestaltet, doch ihr Trend zur dezentralen Entwicklung stimmt.

Im Laufe der Menschheitsentwicklung hat sich aus dem geschlossenen Hauswirtschaftsleben die Stadtwirtschaft, aus dieser die Staatswirtschaft und nun die Weltwirtschaft entwickelt. Wenn dabei Staat und Wirtschaft weiter zu sehr ineinander wirken, entsteht Chaos.

Das Staats- und Rechtsleben muss sich auf sich selbst stellen und vom Wirtschafts- und Geistesleben lösen. Es muss völlig eigenständig wirken, so dass vor allem das Wirtschaftsleben nicht entstellend hereinspielt. Ein eigenständiges Rechtsleben hat als erste Aufgabe, die Rechtsfragen zwischen Mensch und Mensch zu gestalten, in welchen vor allem die Menschenwürde und die Menschenrechte beachtet werden. Im deutschen Grundgesetz ist vieles fortschrittlich formuliert. Aber es fällt den Politikern selbst sehr schwer, darauf zu achten, dass gegebene Gesetzesformen eingehalten werden. Das rührt vor allem daher, dass die Parlamentarier (Abgeordnete) über den Fraktionszwang an Parteiprogramme gebunden werden. Eine Gewissensentscheidung wird damit vielfach unterbunden. Nicht das Gewissen, sondern die Parteimeinung ist maßgebend.

Zu viele menschenunwürdige Situationen werden hingenommen. Dazu gehören zurzeit die Arbeitslosenre-

gelung, das Schul- und Universitätswesen, die Gestaltung der Renten, sowie das überwiegend vom Staat gelenkte Krankenwesen.

Ein vom Wirtschaftsleben befreites Rechtsleben wird sich in einer gesunden Weise verhalten können. Stets sind die Menschenwürde und die Menschenrechte der Leitstern. Es müssen menschengemäße Regeln seitens des Rechtslebens gegenüber der Gesellschaft gestaltet werden. Grundlegend für die Wirtschaft sind vor allem die Arbeitnehmerrechte und Arbeitgeberrechte, welche gegenseitig zu respektieren sind.

Vieles ist bis heute erreicht worden, wie z. B. Kündigungsschutz, Mutterschutz und mehr. Und sicher gibt es auch manche Übertreibung. In diesem Zusammenhang ist das vom Wirtschaftsleben dem Rechtsleben aufgebürdete Arbeitslosenproblem eine totale Fehlentwicklung. Arbeitslosigkeit entsteht in erster Linie aus einer Fehlentwicklung innerhalb des Wirtschaftslebens.

Ein wichtiger Aspekt ist die Grund- und Bodenfrage. Dadurch, dass Grund und Boden nicht vermehrbar ist, bedarf es einer gerechten Gestaltung, die auf Abgaben beruht. Durch Kauf und Verkauf versickern immense Summen in Grund und Boden. Dieses Kapital wird der Allgemeinheit entzogen.

Das muss langfristig gesehen unterbunden werden. Eine plötzliche Enteignung wäre höchst ungerecht denjenigen gegenüber, welche sich mit einem hohen Aufwand Grund und Boden beschaffen mussten durch erheblichen Konsumverzicht sowie auf Kosten anderer Investitionsmöglichkeiten. Dies belastet das Wirtschaftsleben. Hier ist das Rechtsleben besonders gefordert, gerechte Lösungsansätze zu entwickeln.

Heute wählen wir, in der Regel, parteigebundene Politiker, welche in vielem auch für das Geistesleben und das Wirtschaftsleben zuständig sein müssen. Der so genannte soziale Rechtsstaat wird durch diese Situation korrumpiert. Ferner hat dies zu einer eindeutigen Überforderung geführt. Es ist unmöglich, in allen Fachgebieten versiert zu sein. Deshalb ist eine Aufgliederung dieser Bereiche dringend geboten. Wirtschafts- und Geistesleben müssen sich eigenständig verwalten.

Ein gesundes, eigenständiges Rechtsleben muss sich durch ein demokratisches Parlament repräsentieren. In dieses Parlament müssen wir freie, nur ihrem Gewissen verpflichtete Abgeordnete, die nicht an Parteien gebunden sind, wählen. Parteien bräuchten in Zukunft im Parlament nicht mehr vertreten zu sein. Die demokratisch gewählten Abgeordneten entscheiden frei für sich. Der Fraktionszwang ist damit aufgehoben. Dies

Die Idee der Sozialen Dreigliederung

ist die Garantie für ein gerechtes Staatsleben. Gesetze werden auf der Grundlage der Menschenwürde und Menschenrechte gestaltet. Die ganze Rechtsordnung steht den Parlamentariern weiterhin zur Verfügung. Hierzu gehören Polizei, Grenzschutz, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Notare sowie die notwendige Verwaltung.

Das Richterwesen gehört zum Geistesleben. Ein Richter muss die jeweils besonderen Elemente für sein Urteil berücksichtigen und nicht nur Paragraphen. Es sind seine geistigen Impulse für das Rechtsleben von entscheidender Bedeutung.

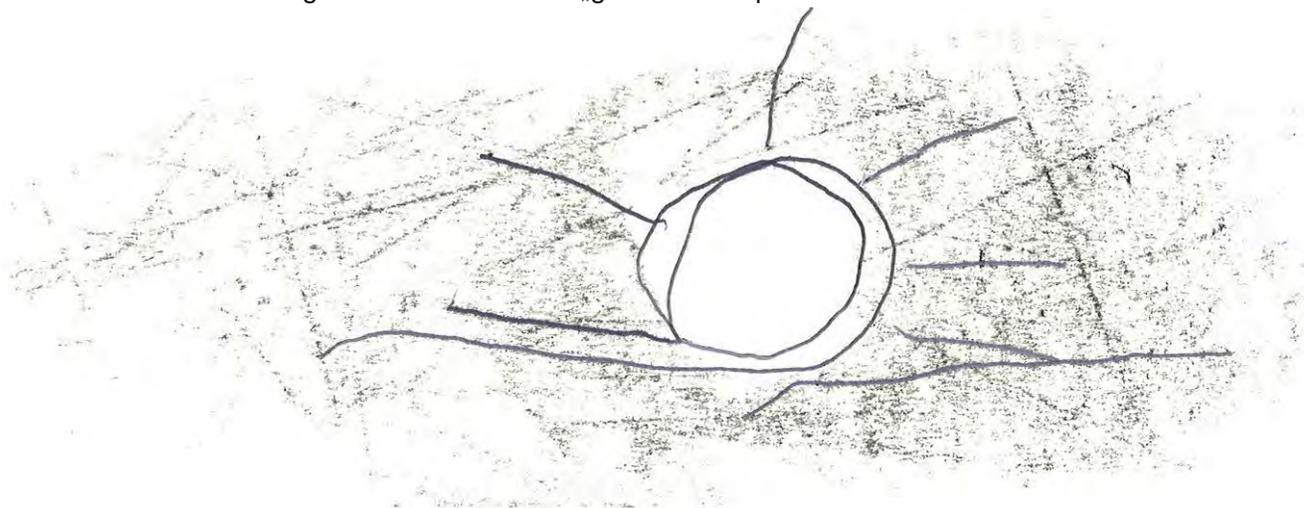
Im Rechtsleben kommt es immer auf das Verhältnis von Mensch zu Mensch an. Die Finanzierung des Rechtslebens erfolgt über eine Mehrwertsteuerregelung, welche mit dem Wirtschaftsleben abgestimmt wird. Da die Abgeordneten von allen gewählt werden und jeder ein Interesse an dem Rechtsleben hat, werden gerechtfertigte finanzielle Forderungen ohne größere Probleme bereitgestellt werden können.

Das Geistesleben benötigt, wie das Wirtschaftsleben, arbeitsrechtliche Grundlagen. Wir haben es mit „gei-

Geistesleben auftauchen, muss das Rechtsleben gestalterisch eingreifen.

Was die Finanzierung und Verwaltung des Geisteslebens betrifft, so ist dafür zu sorgen, dass dies in gerechter Weise geschieht. Bei Sachfragen in der Ausgestaltung des Geisteslebens hat das Rechtsleben keinerlei Mitspracherecht. Welche Investitionen überhaupt notwendig sind, darüber muss im Wesentlichen das freie Geistesleben selbstständig und frei entscheiden können, etwa auch darüber, welche Forschungen oder künstlerischen Aktivitäten stattfinden sollen.

Bei den Übertragungsrechten wird gelten, dass der jeweilige Unternehmer innerhalb des Geisteslebens sowie des Wirtschaftslebens von einem befähigten Nachfolgeunternehmer abgelöst wird. Hier hat das Rechtsleben darauf zu achten, dass die Spielregeln eingehalten und nicht missbraucht werden. Auch muss zum Beispiel beachtet werden, dass das persönliche Eigenkapital des ausscheidenden Unternehmers diesem weiterhin zur Verfügung steht. Er kann es dem Unternehmen weiter zur Verfügung stellen, gegen einen entsprechenden Zins oder es sich auszahlen lassen.



stigen Unternehmern und Mitarbeitern“ zu tun, deren Einkommen von dem Ertrag abhängig ist, welcher aus ihren Aktivitäten erwächst.

In den Bereichen Universität, Schule, Medizin, Forschung, Kunst und so weiter werden Erträge anfallen, welche sich aus der Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsleben ergeben. Ein echtes Geistesleben ist der Befruchter der Zukunft des Wirtschaftslebens.

Das Rechtsleben wird sich dort einschalten müssen, wo sich im Geistesleben Willkür, Egoismus, Eitelkeiten, Größenwahn und dergleichen zu sehr entwickeln. Auch belastende Machtkonstellationen sind rechtlich zu verhindern.

Natürlich gibt es im Geistesleben Bereiche, die zusätzlicher Unterstützung bedürfen. Dazu gehört sicher ein Teil der Forschung sowie manche Naturpflege. Auch bei Nach- und Erbfolge-Problemen, welche auch im

Dann kann er es dem freien Geistesleben zur Verfügung stellen oder seinen Nachkommen vererben. Diese können es wiederum in geeigneter Weise der Allgemeinheit zur Verfügung stellen.

Nachfolgeunternehmern sollte es ermöglicht werden, ihr gespartes und geerbtes Geld in ihr neues Unternehmen gewinnanteilsberechtigend einzubringen, solange sie darin tätig sind. Hier hat das Rechtsleben gleichfalls darauf zu achten, dass sich dabei keine Missbräuche entwickeln. Über Gelder, welche seitens der Leitenden und der Mitarbeiter nicht für den persönlichen Konsum gebraucht und zum Beispiel dem Unternehmen als Leihgeld angeboten werden, wäre eine faire Lösung bezüglich des Zinses und gegebenenfalls einer Gewinnanteilsberechtigung auszuarbeiten.

Stets sollte der Gründungs- wie auch der Nachfolgeunternehmer einen wichtigen Anteil in das Unternehmen

einbringen können. Diese Dinge werden vom Staat aus flexibel begleitet werden müssen, damit keine Ungerechtigkeiten entstehen.

Unternehmen können nicht mehr vererbt werden. Wirtschaftliche Assoziationen sowie Kooperationen des Geisteslebens haben für die Nachfolge zu sorgen, falls der scheidende Unternehmer selber dafür nicht sorgen kann. Es geht immer darum, dass befähigte Unternehmer eingesetzt werden. In der Regel entsteht das Gründerkapital des Unternehmens durch Ersparnisse. Im Verlauf der Zeit wird meistens die Situation auftreten, dass der erfolgreiche Unternehmer Neukapital benötigt durch Anleihe. Dieses Neukapital und deren Erträge sind zu neutralisieren. Sie sind kein persönliches Kapital des Unternehmers mehr.

Die Ertragsregelung wird zu berücksichtigen haben: Zunächst den Ertragsanteil der Mitarbeiter und des Unternehmers, einschließlich die Verzinsung der Anleihe, ferner den Ertragsanteil, welcher den Neuinvestitionen zufließt. Auf jeden Fall ist das Gründungsunternehmer-Kapital nur Gewinnanteil berechtigt, solange der Unternehmer aktiv ist. Ab dem Ausscheiden wird das Gründungskapital verzinst. Dieser Zins ist zu entnehmen, da es Zins auf Zins nicht mehr geben darf. Das Rechtsleben wird zu gegebener Zeit die Verhältnisse an neue Umstände flexibel anzupassen haben, um einer Machtkonzentration entgegen zu wirken. Die wirtschaftlichen Assoziationen und die Geistes-Kooperation haben das Gemeinwohl im Auge zu behalten, so dass sich das Unternehmen in gesunder Weise weiterentwickeln kann. Natürlich können Umstände eintreten, welche einem Bankrott ähnlich sein können. Da die Unternehmen nicht verkäuflich sind, müssen die Assoziationen und Kooperationen die Schließung des Unternehmens begleiten, das heißt die Aktivitäten beenden oder umgestalten.

Stets bleibt es sinnvoll, die Arbeitenden und Leitenden am Ertrag in der Weise teilhaben zu lassen, so dass ein Mehr oder Weniger spürbar wird. Vor allem muss der Unternehmer einer Tantiemenregelung unterliegen, denn gerade bei ihm sollen sich die Ertragszustände am stärksten gelten machen.

Rudolf Steiners Hinweis, dass das Erbe der Allgemeinheit dienen soll, stellt das Rechtsleben vor große Aufgaben. Probleme entstehen vor allem, solange der dreigliedrige, soziale Organismus nicht verwirklicht ist. Wie kann ein privat zu vererbendes Vermögen überhaupt entstehen? Hier gibt es viele Wege, z.B. Konsumverzicht, überdurchschnittliches Einkommen, Zinsen aus Anleihen, durch Spekulationen, Umgehung von Steuern.

Das Rechtsleben gestalten entsprechende Regeln. Erblasser und die Erben haben dafür zu sorgen, dass das Vermögen der Allgemeinheit zugute kommt.

Das eigenständige Rechtsleben wird laufend moderne

Regeln entwickeln müssen, damit keine für das soziale Leben gefährlichen Machtkonstellationen entstehen. Gleichzeitig sollten Erblasser und Erben in ihrer Gestaltungsmöglichkeit nicht bevormundet werden. Grundsätzlich werden die Menschen in einen dreigliedrigen Organismus so hineingestellt sein, dass jeder sein entsprechendes Einkommen hat. Das Erbe wird dann unwesentlich.

Das eigenständige Rechtsleben hat mitzuverantworten, in welcher Weise das Erbe zum Nutzen der Allgemeinheit eingesetzt wird. Es ist damit zu rechnen, dass sich die Erbproblematik laufend verändert, zum Beispiel wegen heute sehr wechselnden Familienverhältnissen, so dass auch die Gesetzgebung laufend nach neuen Lösungen suchen muss.

Jedes politische Parlament wird seinen eigenen Außendienst entwickeln. Mit dem Ausland soll er nur wegen Rechtsfragen Verbindung aufnehmen. Für Interessen des Wirtschafts- und Geisteslebens wird er nicht zuständig sein, da diese ihrerseits Außendienste entwickeln.

Bezüglich des Geldwesens ist zu klären, dass es Zinsezins nicht geben wird. Der Zins muss in den Konsum fließen oder dem Geistesleben zur Verfügung gestellt werden. Der normale Zins soll einer Alterungsabnahme unterliegen. Dies wird dadurch geschehen, dass das Geld an die ebenfalls alternde Ware gekoppelt ist, deren Wert laufend abnimmt. So wird sich der Zins allmählich reduzieren. Im Grunde spielt sich dies heute ungezügelt innerhalb der Inflationstendenzen ab.

Geld und Ware bilden immer eine Einheit. Neue Ware bedeutet auch neues Geld, ältere Ware ebenso gealtertes Geld. Inflation und Deflation werden so im Griff behalten. Alle Anleihen unterliegen diesen Alterungsvorgängen. Das Gründungs-Unternehmerkapital wird ebenfalls zum alternden Darlehen, egal ob der Unternehmer es im Unternehmen belässt oder nicht. Alle Erbvorgänge unterliegen ebenso diesem Alterungsprozess.

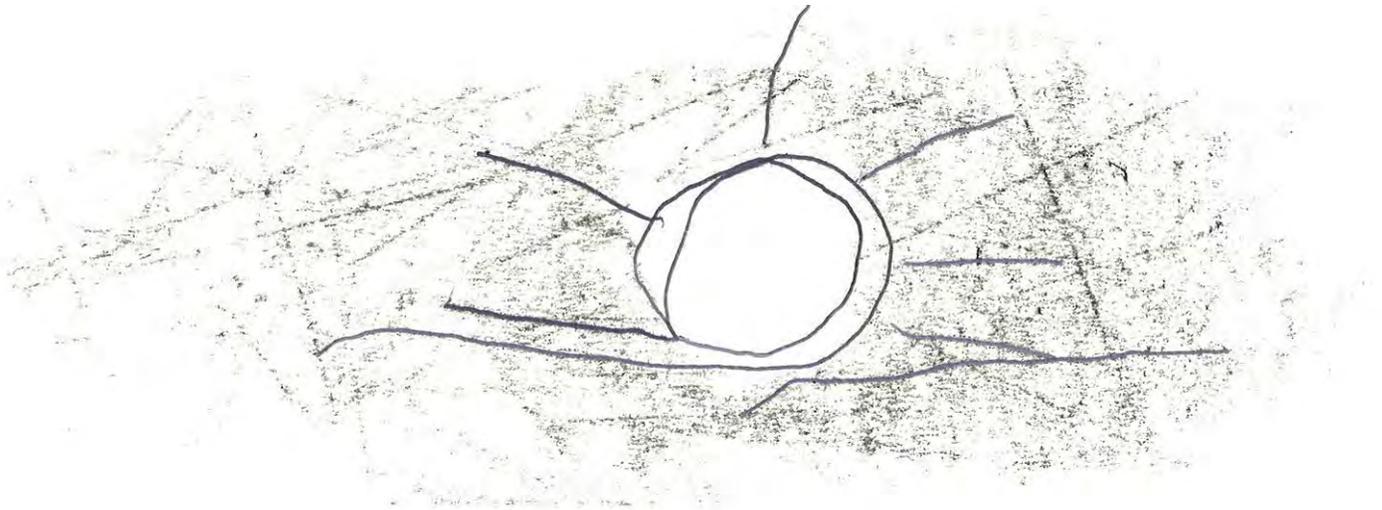
Das Rechtsleben muss sich hier jeweils der neuen Situation flexibel anpassen. Eigentum hört auf, dasjenige zu sein, was es bis jetzt gewesen ist. Die Eigentumsgegenstände werden in den Fluss des sozialen Lebens gebracht. Der Einzelne kann sie nicht mehr aus seinem Privatinteresse heraus zum Schaden der Allgemeinheit verwalten. Aber auch die Allgemeinheit wird sie nicht zum Schaden des Einzelnen bürokratisch verwalten können. Der geeignete Einzelne soll zu ihnen Zugang finden und durch sie der Allgemeinheit dienen können.

Beim Einkommen soll anerkannt sein, was der Einzelne an einem Mehr der Allgemeinheit zukommen lässt aufgrund seiner individuellen Fähigkeiten. Natürlich

Die Idee der Sozialen Dreigliederung

müssen auch die sozialen Umstände berücksichtigt werden, zum Beispiel die Größe der Familien. Berücksichtigt werden alle, denen ein menschenwürdiges Einkommen zusteht, wie Rentner, Kinder, Kranke, Invaliden und Witwen. Jede Einzelperson soll ihre individuellen Bedürfnisse befriedigen können. Aus dem Bereich des Geisteslebens werden Gutachten zu entwickeln sein, nach welchen Gesichtspunkten die Güterverteilung zu regeln ist. Das Rechtsleben wird darauf zu achten haben, dass sich keine Ungerechtigkeiten entwickeln. Das Wirtschaftsleben mit seinen Assoziationen hat darauf zu sehen, dass genügend Mittel für Neuinvestitionen vorhanden bleiben. Das Geldwesen selber wird nicht mehr vom Staat gelenkt, sondern vom Wirtschaftsleben. Geld bezieht sich nur auf die Warenwerte.

und nur über geistige Tätigkeiten möglich. In den Bereichen des Geisteslebens oder des Rechtslebens sind wir ebenfalls für die Allgemeinheit tätig. Wirtschaftskrisen, ob große oder kleine, sind keine Notwendigkeit. Sie resultieren aus einem egoistischen Machtstreben und entstehen ca. alle 4 -5 Jahre. Nach dem Zusammenbruch des kommunistisch-leninistischen Blockes ab 1989 konnte sich der Weltkapitalismus als alleingültige Weltanschauung entwickeln. Trotz der gigantischen Weltwirtschaftskrise von 2007 bis 2009 hält der Weltkapitalismus an seinem Ziel fest, alles zentralistisch aufgrund seiner entsprechenden Machtkonstellationen zu ordnen. Noch besteht jedoch die Chance, dass ein Rechtsleben herauf kommt, welches sich eigenständig entwickelt, um den wild gewordenen Kapitalismus zu bändi-



So wie die Naturgegebenheiten dem Wirtschaftsleben zur Verfügung stehen, so wirken auf der anderen Seite die Rechtsverhältnisse. Die wirtschaftliche Fruchtbarkeit wird sich im Geldwert ablesen lassen, welcher auch aus dem Zusammenwirken mit dem Geistesleben und dem Rechtsleben resultiert.

Über mannigfaltige Genossenschaften lässt sich die Bedürfnismenge für Waren aufzeigen. Auch wird darauf zu achten sein, dass das Geld den Bedürfnissen entsprechend fließt. Durch regelmäßige Neuprägung kann dem Horten von Geld entgegengewirkt werden. Die Preisfindung wird sich entwickeln durch assoziative Verbindungen zwischen Produktion, Handel und Konsum.

Die arbeitsteilige Wirtschaftsweise funktioniert nur auf der Basis, dass der Einzelne immer für den anderen arbeitet. Arbeit und Lohn müssen getrennt werden. Wir arbeiten nicht für den Lohn, sondern für unsere Mitmenschen. Und die Mitmenschen wiederum ermöglichen es uns, unsere Bedürfnisse zu befriedigen, indem sie für uns arbeiten.

Arbeitssparende Erfindungen sind sehr willkommen

gen, vor allem wenn sich das Geistesleben ebenfalls eigenständig gestalten kann.

Weiteres lässt sich dem diesbezüglichen Grundwerk von Rudolf Steiner: „Die Kernpunkte der sozialen Frage“ vom Jahre 1919 entnehmen.

Michael Wills

Niemand
hat so viel
Macht,
wie wir glauben.

Alice Walker

Das Jahreswende-Mysterium ---

Diesen Beitrag von *Anton Kimpfer* können sie nur in
der gedruckten Ausgabe lesen.

Seminare

21. und 22. Januar 2012

Samstag 15 Uhr bis 21.30 Uhr mit Imbiss, Sonntag 10 bis 12 Uhr

Im Spannungsfeld von Freiheit und Liebe

Zur Begegnung von Psychotherapie und Anthroposophie
Unser Weg zwischen Verzweiflung und Hoffnung - Positive oder negative Gedanken und Gefühle - Rücksichtslosigkeit und missbrauchte Hingabe - Versöhnung von Haupt und Herz

Beiträge, Gesprächsarbeit, eine Märchenerzählung und spielerisches Bewegen

Mit Martin Gmeindl, Anton Kimpfner, Hannelie Latsch, Ansgar Liebhart und Achim Noschka

Ort: Universität Witten, Alfred Herrhausen Straße

Anmeldung: Marlies und Martin Gmeindl, Kerschekstr. 33, A-8302 Vasoldsberg, 00431-316491966

und Sigrid Jungermann, Huser Feld 92, D-58313 Herdecke 02330-74996

Samstag 18. Februar und Sonntag 19. Februar 2012

Todespunkte und Neuanfänge in unserem Leben

Begegnung von Psychotherapie und Anthroposophie
Mit Ansgar Liebhart und Anton Kimpfner

Krisen in der Biografie - Seelische Überforderung und Gelähmtheit - Verstand und Herz im Konflikt - Soziale Gegensätze und Hilfsmöglichkeiten

Kurzbeiträge - Gesprächsarbeit - spielerische Übungen

Ort: Rudolf Steiner Haus, Freiligrathstr. 15, 28211 Bremen

Anmeldung: Hilke Milarch, Im Dreschlande 16, 28865 Lilienthal. 04298-6995727, hmilarch@gmx.de

Samstag 17. März 2012, 15.30 - 20.15 Uhr

Krisen im persönlichen und sozialen Leben

Die Vielfalt der Menschen, Völker und Kulturen - Hilfreiche Bewältigung von Konflikten

Beiträge von Anton Kimpfner, Gespräche und kleinere spielerische Übungen mit Ansgar Liebhart

Ort: Forum 3, Gymnasiumstraße 21, Stuttgart Mitte

Anmeldung bei: Christine Joppig, Brunnenbergstraße 23, 71334 Waiblingen, 07157-36744



Dezember 2011 bis März 2012

Mittwoch, 21. Dezember 2011, 20 Uhr

Das Interesse am anderen Menschen

Rundgespräch mit Anton Kimpfler und Inga Gessinger

Freitag, 6. Januar, 20 Uhr im BAF-Raum

BAF - Leuchtturmvisionen für Wasserburg

Das Büro für Angewandte Feldforschung wird vorgestellt und eröffnet.

Mittwoch, 11. Januar 2012, 20 Uhr

Todas – Am Rande des Paradieses

Die Todas sind ein besonderer Stamm in Südindien von nur 1000 Menschen, die noch nie Krieg erlebt haben. Sie arbeiten nicht, sie bauen nichts an und betreiben weder Handel noch Handwerk.

Film und Gespräch

Donnerstag, 12. Januar, 19.30 Uhr

Rundumkreis

Offene Gesprächsrunde zum Thema: Was bedeutet mir das Gespräch?

Sprechen und Zuhören gehören zu den wesentlichsten Momenten des Zwischenmenschlichen und können den Einzelnen über sich selbst hinaus zu einer Begegnung mit anderen Menschen führen.

Freitag, 13. Januar, 20 Uhr

Literatur-Philosophischer Gesprächskreis

Das Gespräch entwickelt sich an meist kurzen, gemeinsam gelesenen literarischen, philosophischen und poetischen Texten. Neue Teilnehmer sind willkommen! Aktueller Text: Paul Celan, Gespräch im Gebirg.

Mittwoch, 18. Januar 2012, 20 Uhr

Die Zukunft gehört dem schöpferischen Menschen

Die Bedeutung der Künste in unserem Leben
Vortrag und Gespräch mit Anton Kimpfler
Gerade weil das äußere Leben immer aufreibender und komplizierter wird, bedarf der Einzelne reicher schöpferischer Hilfen. Dann vermag er gekonnter mit technischen, ökonomischen und sonstigen sozialen Herausforderungen umzugehen.

Freitag, 20. Januar, 20 Uhr

Kleines Konzert bei Kerzenlicht

Werke des Barock aus Deutschland und Italien.
Wilfried Bergmann, Cembalo
Barbara Heyner, Gambe
Annelie Herrmann, Querflöte
Freiwilliger Kostenbeitrag erbeten.

Freitag, 27. Januar, 20 Uhr

Offener Tisch im Café.

Jede(r) ist willkommen!

Mittwoch, 1. Februar 2012, 20 Uhr

Birdwatchers

Ein Film von Marco Bechis
Eine Gruppe von Reisenden lässt sich im brasilianischen Regenwald zum Vögelbeobachten auf dem Flussboot durch die Natur führen und kommt an einer Gruppe von Indianerinnen und Indianern vorbei.
Film und Gespräch

Donnerstag, 2. Februar, 20 Uhr

Literatur-Philosophischer Gesprächskreis

Langenargen (siehe 13. Januar).

Text siehe Homepage od. Aushang im Café

Freitag, 3. Februar, 20 Uhr im BAF-Raum

BAF - Leuchtturmvisionen für Wasserburg

Das Büro für Angewandte Feldforschung
- zum Stand der Forschung.

Mittwoch, 8. Februar 2012, 20 Uhr

Die Verbindung von Kopf, Herz und Hand

Rundgespräch mit Anton Kimpfler und Klaus Korpiun

Freitag, 10. Februar, 20 Uhr

Offener Tisch im Café.

Jede(r) ist willkommen!

Donnerstag, 23. Februar, 19.30 Uhr

Rundumkreis

Offene Gesprächsrunde zum Thema:
Siehe Homepage oder Aushang im Café.

Freitag, 24. Februar, 20 Uhr im Café

Literatur-Philosophischer Gesprächskreis

Langenargen (siehe 13. Januar)

Mittwoch, 7. März 2012, 20 Uhr

Afrika und Europa

Rundgespräch mit Ikechukwu Omenka und Anton Kimpfler

Mittwoch, 4. April 2012, 20 Uhr

Auf dem Boden bleiben - Gedanken zum Verkehrswesen der Zukunft

Rundgespräch mit Günter Edeler und Anton Kimpfler



Binnenraum

Es gibt keinen Ort, an dem der Geist zu suchen wäre; er ist wie die Fußspur der Vögel am Himmel. (Aus dem Zen)
Wärme, Licht, Bewegung - ein Versuch über den Innenraum.
Installation von Tatjana Kerl